Haushaltsrede 2003 anlässlich der 4. Tagung der 46. Synode vom 13. – 14. 11.2003

Sperrfrist: Donnerstag, 13. November 2003, 11.00 Uhr (es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Synodale,

namens und im Auftrage des Oberkirchenrates bringe ich das Haushaltsgesetz und den Haushaltsplan 2004 ein. Finanzen sind zur Zeit das Thema in der Öffentlichkeit. Negative Schlagzeilen und immer neue Hiobsbotschaften prägen derzeitig Äußerungen über die staatliche und kirchliche Finanzentwicklung. Und die oldenburgische Kirche ist davon nicht ausgenommen. Leider. Doch wir müssen uns davor hüten, diesen Fragen den falschen Stellenwert beizumessen. Aber: Stimmen müssen die Finanzen.

Im ersten Teil werde ich auf den Haushalt 2004 eingehen und im zweiten auf die mittelfristige Finanzentwicklung.

Der Haushalt 2004 hat ein Volumen von 70,8 Mio. €. Er schließt mit einem Haushaltsdefizit von 7,2 Mio. € ab. Wir gehen davon aus, dass wir aus dem Kapitalvermögen Zinseinnahmen in Höhe von 4,3 Mio. € erhalten werden. Bei der Planung sind 2,3 Mio. € zur Abdeckung des Defizits eingesetzt. Der verbleibende Zinsertrag entspricht der derzeitigen Inflationsrate. Es müssen also 4,9 Mio. € zum Ausgleich des Haushaltsdefizits aus der Rücklage entnommen werden.

Woher kommt dieses Defizit?

Es liegt im Wesentlichen nicht an gestiegenen Ausgaben, sondern an den zu erwartenden Einnahmeausfällen.

Dem Haushaltsplan 2004 liegt ein Kirchensteueraufkommen in Höhe von 42,4 Mio. € zugrunde. Dies bedeutet eine Mindereinnahme gegenüber dem Ist von 2002 von 5,4 Mio. €. Berücksichtigt ist dabei die geplante Zusammenfassung der Steuerreformstufen 2 und 3 in 2004 mit einer Reduzierung von 10 % sowie die negative Kirchensteuerentwicklung in 2003 mit z.Z. minus 1,7 % (Stand Oktober 2003). Zugegeben: Bei der derzeitigen finanzpolitischen Unsicherheit, sowie der nach wie vor von Stagnation geprägten Wirtschaftslage, sind Prognosen äußerst schwierig. Auch der für 2004 erwartete Aufschwung wird voraussichtlich keine erhebliche Verbesserung der Arbeitsmarktlage, die für die Kirchensteuereinnahmen entscheidend ist, bringen. Nicht berücksichtigt und noch nicht zu prognostizieren sind weitere finanzpolitische Maßnahmen. Ich erinnere nur an die Diskussion über die Zinsabgeltungssteuer, deren Einführung zunächst zurückgestellt wurde.

Zu den Einnahmeausfällen in Höhe von 5,4 Mio. € kommen Mindereinnahmen beim Clearing in Höhe von 3 Mio. € hinzu. Auch dieses Risiko bleibt weiterhin schwer einschätzbar. Für 1997 und 1998 mussten wir in 2003 insgesamt 5,2 Mio. € zurückzahlen. Aufgrund dieses Abrechnungsergebnisses wurden die Abschläge - aufgrund bisheriger Informationen - mit 8 Mio. € angenommen und damit gegenüber dem Ist von 2002 um 3 Mio. € zurückgenommen.

Zu diesen Einnahmeausfällen kommen verminderte Zinseinnahmen in Höhe von 124.000 € gegenüber dem Ist

2002 hinzu.

Insgesamt ergibt dies Mindereinnahmen in Höhe von 8,5 Mio. € gegenüber dem Ist 2002.

Bei den Ausgaben 2004 sind insbesondere die gestiegenen Personalkosten zu berücksichtigen. Zugrunde gelegt wird eine 2,5 %ige Tarif- bzw. Besoldungssteigerung. Hinzu kommt eine Erhöhung der Versorgungsbeiträge für Pfarrer und Beamte an die Versorgungskasse. Es wird davon ausgegangen, dass der Beitrag sich in zwei Stufen von 30 auf 35 % erhöht (um 450.000 € in 2004 und 310.000 € in 2006). Zum Teil werden die Steigerungen allerdings durch erwartete geringere Sonderzuwendungen und Wegfall des Urlaubsgeldes positiv beeinflusst.

Die Zuweisungen an die Kirchengemeinden bleiben trotz der Mindereinnahme im Wesentlichen unverändert. Das gilt auch für Bauzuschüsse an Kirchengemeinden. Die in den vergangenen Jahren übernommene langfristige finanzielle Verantwortung für die Kirchengebäude erfordert entsprechende Rückstellungen.

Die für 2003 vorgesehenen 490.000 € für notleidende Diakoniestationen mussten zum Teil ausgezahlt werden, und zwar in Höhe von 115.000 €. Die vorgesehenen Umstrukturierungsmaßnahmen zeigen erste Erfolge. Ziel ist es aus heutiger Sicht, zu einem ausgeglichenen Haushalt für alle Diakoniestationen zu kommen. Was wir tun können, werden wir tun. Erforderlich ist aber auch eine Solidarität unter den Diakoniestationen und die Bereitschaft, notwendige Veränderungen auch durchzuführen. In keinem Fall können wir da einspringen, wo Staat oder Krankenkassen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Sollten diese Maßnahmen und ausbleibende notwendige Zuschüsse Dritter, die für die finanzielle Sicherstellung verantwortlich sind, nicht ausreichen, wird zukünftig die Frage der Tarifgestaltung nicht ausgeklammert werden können.

Für das Blockhaus Ahlhorn ist ein um 21.000 € erhöhter Zuschuss vorgesehen. Dieser Zuschuss beinhaltet zum einen den Ausgleich für die nicht kostendeckenden Preise für Jugendliche und Konfirmanden, sowie einen Zuschuss für das Defizit. Z.Zt. findet eine Beratung durch eine externe Beratungsgesellschaft statt. Es bleibt abzuwarten, ob und wie ein weiteres, bereits entstandenes Defizit aufgefangen werden kann.

Die Rücklage vermindert sich in 2003 um 1,7 Mio. € und um weitere 4,9 Mio. € in 2004. Weitere Minderungen der Rücklage sind durch zusätzliche Clearingerstattungen für die Jahre 2000 – 2002 zu erwarten. Ob diese Rückerstattung in der Höhe der Jahre 1997 oder 1998 erfolgen wird, muss man abwarten. Würde sie in gleicher Höhe erfolgen müssen, sind allein für diese Jahre Erstattungen in Höhe von rd. 7,5 Mio. € zu veranschlagen.

Trotz aller finanzieller Schwierigkeiten setzt der Haushalt 2004 aber auch wichtige Akzente. Zum einen sieht er eine Anschubfinanzierung für ein professionelles Fundraising. Damit sollen Kirchengemeinden, die Projekte durch Spenden finanzieren wollen, unterstützt werden. Außerdem ist ein erheblicher Betrag für die Einführung eines Intranets eingesetzt. Das Intranet wird erhebliche laufende Kosten verursachen. Doch können wir uns dieser Aufgabe nicht entziehen, da auch wir die Vorteile dieses modernen Informations- und Kommunikationsinstruments nutzen müssen.

Mit den vorgesehenen Ausgaben leistet die Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg wieder einen erheblichen Beitrag für ihre Gemeindeglieder, aber auch für das Gemeinwesen, für Staat und Gesellschaft. Das gilt nicht nur für unsere Region, sondern auch für die östlichen Gliedkirchen, für unsere Partnerkirche Görlitz und für die weltweite Ökumene. Ich denke, dieses fällt um so mehr ins Gewicht, da wir mit erheblichen eigenen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Schlagwortartig lassen Sie mich folgende Betätigungsfelder herausgreifen:

- Pfarrdienst und Religionsunterricht
- allgemeine Gemeindearbeit und übergemeindliche Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, Kirchenmusik
- Kindertagesstätten
- diakonische Arbeit einschließlich der Diakoniestationen
- Krankenhausseelsorge, Urlauberseelsorge, Telefonseelsorge, Gefangenenseelsorge
- Bildungsarbeit
- Ökumene und Weltmission
- Unterhaltung und Pflege kirchlicher Gebäude

Ergebnis

Aufgrund der sparsamen und vorausschauenden Haushaltspolitik der letzten Jahre erscheint es vertretbar, 2004 noch nicht auf die drastischen Mindereinnahmen mit Ausgabekürzungen zu reagieren. Insbesondere war es uns auch gelungen, die Rücklagen aufzustocken. Wir können die Diskussion über die Prioritäten in 2004 abwarten. Allerdings müssen in 2004 Entscheidungen getroffen werden, denn mittelfristig müssen wir wieder zu einem in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalt ohne Rücklagenentnahme kommen.

Mittelfristige Finanzplanung

Zur Zeit sind wohl alle Gliedkirchen der EKD und die römisch-katholischen Diözesen mit erheblichen Finanzproblemen konfrontiert und arbeiten an entsprechenden Sparbeschlüssen; sei es in Bayern, Nordelbien, Baden, Ev.-ref. Kirche Nordwestdeutschlands, Westfalen, Rheinland, Hessen, aber auch die Diözesen Hildesheim und Berlin. Und natürlich auch in Oldenburg.

Auch wenn wir in Oldenburg sehr früh mit einer mittelfristigen Finanzplanung begonnen haben und aufgrund unseres Perspektivpapiers von 1998 auch bereits wesentliche Einsparungen umgesetzt haben, so müssen auch wir mittelfristig erhebliche Sparbemühungen oder Einnahmeverbesserungen bewerkstelligen, d.h., dass wir in drei bis vier Jahren wieder zu einem Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben kommen müssen. Entscheidend dafür ist, dass diese Sparbemühungen von allen eingesehen und mitgetragen werden.

Eine mittelfristige Finanzplanung bis 2008 ist natürlich von erheblichen Unwägbarkeiten geprägt. Von den Ansätzen 2004 ausgehend, unter Berücksichtigung einer Personalkostensteigerung von 2,5 %, führt dies zu der Feststellung, dass auch in den Jahren 2005, 2006, 2007 und 2008 erhebliche Defizite entstehen, die durch die Zinseinnahmen nicht abgedeckt werden können. Diese Defizite bewegen sich im Rahmen von 7 bis 9 Mio. € jährlich (ohne Berücksichtigung von Zinseinnahmen). Nicht berücksichtigt ist dabei, dass wir auch für die Jahre 2000 bis 2002 damit rechnen müssen, weitere Clearingrückzahlungen leisten zu müssen. Dieses mindert weiter unsere Rücklage und damit unsere Zinseinnahmen.

Dieses Defizit auszugleichen wird nicht einfach, denn wir haben bereits ein erhebliches Sparvolumen erbracht. Wie schwierig weitere Sparbemühungen werden, zeigt sich allein daran, dass wir im Vergleich von 1998 zu 2000 im Pfarrdienst Mehrausgaben in Höhe von ca. 1,4 Mio. €, zu 2003 von 2 Mio. € und zu 2004 in Höhe von 2,5 Mio. € zu verzeichnen haben. Diese Steigerungen waren und sind jeweils begründet. Doch machen diese Steigerungen die Schwierigkeiten deutlich. Wir können auch nicht nur sparen. So geben wir im Jugendbereich 500.000 € für die Regionaljugendreferenten zusätzlich aus. Außerdem haben wir für Projektmittel, die bis 2004 befristet waren, zusätzlich 500.000 € eingesetzt. Trotz der Befristung und trotz zurückgehender Einnahmen sieht das Haushaltsgesetz einen weiteren Ansatz zusätzlich von je 250.000 € von 2005 bis 2008 vor. Dies zeigt ganz deutlich den Willen der oldenburgischen Kirche, in die Zukunft zu investieren. Nur: An anderer Stelle müssen diese Mehrausgaben eingespart werden.

Keiner kann im Augenblick genaue Zahlen vorlegen. Entscheidend ist aber die Tendenz und die ungefähre

Größenordnung. Die Prognosen, die unserer mittelfristigen Finanzplanung bis 2004 zugrunde lagen, sind mit einer zeitlichen Verzögerung von drei Jahren eingetreten. So betrugen nach unserer mittelfristigen Finanzplanung für 2001 unsere Kirchensteuereinnahmen 42.846.260 €. Dieses Ergebnis wird nach derzeitigen Kenntnissen im Jahre 2004 erreicht. Dies liegt an der verzögerten Steuergesetzgebung.

Aber unabhängig von diesen zeitlichen Verzögerungen oder bestimmten steuerlichen Entscheidungen, die wir heute noch nicht kennen, ist insgesamt festzustellen, dass weitere Faktoren zu weiteren Kirchensteuerausfällen führen werden und damit die aufgezeigte Tendenz verschärfen.

1) Austritte

Dazu gehören einmal die Austritte. Wir haben alleine in den Jahren 2000, 2001 und 2002 insgesamt rd. 13.000 Austritte zu verzeichnen. Demgegenüber stehen rd. 2.700 Eintritte. Das heißt, mehr als 10.000 Gemeindeglieder haben in drei Jahren unsere Kirche verlassen. Dieses bedeutet auch finanziell erhebliche Mindereinnahmen.

2) Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung bedeutet für uns, dass immer weniger Gemeindeglieder, die Kirchensteuerzahler sind, immer mehr Gemeindegliedern gegenüberstehen, die keine Kirchensteuern zahlen.

3) Die Einstellung gegenüber der Kirche Die Einstellung insbesondere der jüngeren Generation gegenüber der Kirche wandelt sich.

Der kirchliche Wandel in Deutschland ist, wie es beschrieben worden ist, dramatisch. Er löst tradierte Bindungen auf und bringt sie ersatzlos zum Verschwinden. Wie will die Kirche in Zukunft ihre Aufgaben erfüllen, wenn sich ihre Mitglieder nur so wenig engagieren, wenn ihre Aktivitäten nur von relativ wenigen getragen und unterstützt werden. Besteht nicht die Gefahr, dass die Kirche sich kräftemäßig, personell und finanziell verbraucht, ohne dass sie aus ihrem eigenen Bestand die nötige "Energiezufuhr" erhält, die sie benötigt, um die vielen von ihr erwarteten Leistungen zu erbringen? Die Erwartungen sind hoch; aber was ist, wenn die Unterstützung immer weiter zurück geht?

Und an dieser Stelle ist ganz klar zu sagen, allein mit neuen Sparbemühungen, die nicht gleichzeitig auch Perspektiven für eine wachsende Kirche und damit wachsende finanzielle Einnahmen beinhalten, halten wir auf Dauer nicht durch. Natürlich: Sparbemühungen müssen wir jetzt machen. Wir müssen auch die Prioritätendiskussion führen. Aber dieses alleine reicht nicht. Denn wenn die Einnahmen weiterhin zurückgehen, tauchen die nächsten Prioritätendiskussionen schon am Horizont auf.

Langfristig müssen wir prüfen, wo wir von Drittfinanzierungen abhängig sind und wie verlässlich diese Drittfinanzierungen sind. Wir tragen häufig in der derzeitigen Situation ein zu hohes Risiko.

Kirchliche Strukturen werden sich langfristig ändern müssen. Und hier ist aber auch unsere Chance und unsere Aufgabe. Wir haben strategisch richtige Weichenstellungen gemacht. So z.B. Anfang der 70er Jahre für die Versorgungskasse. Was wäre, wenn wir nach wie vor allein aufgrund eines Umlagesystems die Pensionen für die Pfarrer bezahlen müssten? Aber auch die Weichenstellung 1998 für die mittelfristige Finanzplanung war wichtig und richtig. Auch die Entscheidung für die sogenannte Dritte Säule, d.h. eine Rücklage anzustreben, um aus den Zinsen Kirchensteuerausfälle auszugleichen, war richtig. Dass wir jetzt in eine Situation gekommen sind, dass selbst diese Zinsen nicht ausreichen werden, zeigt nur, dass es uns nicht gelungen ist, entsprechend hohe Rücklagen bilden zu können.

In der schwierigen Situation, in der im Augenblick wohl alle Einrichtungen sind, seien sie staatlich,

kommunal oder kirchlich, könnte es eine Aufgabe für die Kirche sein, ein zukunftsfähiges Beispiel zu geben. Dieses bedeutet allerdings auch, dass Egoismen zurückgestellt werden, Solidarität geübt, Vertrauen erhalten und Vorbildfunktion wahrgenommen werden kann.

Wir werden die Frage zu beantworten haben, welche Kirche wollen wir in Zukunft sein. Was können wir mit unseren Einnahmen leisten. Der schlichte Satz gilt: Man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt. Es gilt auch der Satz, dass wir nicht da einspringen können, wo andere, wie z.B. der Staat, verpflichtet sind. Dabei ist nicht zu verkennen, dass der Druck sich auf uns erhöhen wird in dem Augenblick, wo sich der Staat aufgrund seiner finanziellen Situation aus bestimmten Arbeitsfeldern zurückzieht und die Zahl der Schwachen und Notleidenden zunimmt.

Wir werden neben der Dritten Säule weiter das Ziel verfolgen müssen, höhere Eigenbeteiligungen durchzusetzen. Ein ganz wichtiger Punkt wird der Komplex Einnahmeverbesserung sein müssen. Hier ist örtlich viel zu machen. Das beste Beispiel ist, in welchem Umfang bauliche Veränderungen in den Kirchengemeinden möglich wurden, obwohl die Zuwendungen an die Kirchengemeinden in diesem Bereich erheblich eingeschränkt werden mussten.

Wir müssen die Prioritätendiskussion führen. Auf was möchte man verzichten, welche finanziellen Implikationen hat die Entscheidung bzw. welche Ressourcen für welche Aufgaben sind notwendig, damit das Ganze finanzierbar ist. Jeder soll wissen, wie viele Mittel durch eine bestimmte Aufgabe gebunden werden. Dieses ist jeweils hochzurechnen auf vier bis fünf Jahre. Es darf nicht ein ständiger Restrukturierungsprozess herauskommen. Sparen darf nicht zu einem Dauerthema werden. Das wäre für die Kirche schädlich. Innerhalb einer Organisation, die in erster Linie Zuspruch und Hoffnung vermitteln soll, wäre es in jedem Falle kontraproduktiv.

Wir müssen aber auch eine Effizienzsteigerung in der Verwaltung anstreben. Hier sind wir auf gutem Wege, doch die Beharrungskräfte sind nicht zu unterschätzen.

Auf der Einnahmenseite sind Spenden ein Potenzial. Dabei ist nicht unser Ziel, wirtschaftlich unternehmerisch tätig zu werden. Eine ganz wichtige Aufgabe bleibt: Menschen dazu zu bewegen, Kirchenglied zu bleiben oder zu werden, sich finanziell zu engagieren. Diesem Ziel dient das Ansprechen bestimmter Zielgruppen, auch z.B. durch Gründung von Stiftungen oder Fördervereinen.

Entscheidend bleibt, ob wir den Erosionsprozess stoppen können. Eine stärkere Beteiligung von Kirchenmitgliedern wird anzustreben sein. Der diakonische Auftrag muss deutlich herausgestellt werden. Vielleicht müssen wir auch noch deutlicher machen, was wir für die Gesellschaft und für die Kirchenglieder überhaupt leisten. Das gilt sowohl für die Arbeit der Pfarrerinnen und Pfarrer aber auch für die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kirche überhaupt.

Es besteht ein hoher Bedarf und eine große Sehnsucht nach Spiritualität. Wenn man den Erosionsprozess stoppen will, erfordert dies vor allem vermehrt Aktivitäten auf Gemeindeebene. Dort wird Kirche erlebbar. Pfarrerinnen und Pfarrer gelten als besonders vertrauenswürdig.

Freudig in der Hoffnung

Dies möchte ich zum Schluss herausstellen. Trotz aller Schwierigkeiten sollten wir uns die Freude nicht nehmen lassen. Wir haben es bisher geschafft, die Deckung von Einnahmen und Ausgaben zu erreichen. Wir haben die Sicherheit für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschafft und wir haben in den uns obliegenden Handlungsfeldern sehr viel geschafft. Das strukturelle Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben müssen wir bewältigen. Das Dilemma für die Kirche ist aber - dabei bleibe ich – weniger ein finanzielles als vielmehr ein geistliches Problem. Stimmt die Struktur der Seelsorge? Werden die Einrichtungen von einer ausreichenden Zahl von Gemeindegliedern getragen? Sind genügend Ehrenamtliche bereit? Die Gemeinden

müssen sich daran gewöhnen, nicht mehr ausschließlich von der Kirchensteuer zu leben. Die Infrastruktur wird nicht von der Kirchensteuer allein aufrecht erhalten werden können. Dies führt zu einer Reduzierung der Aufgaben und zu einer Verlagerung der Gewichte.

Danken möchte ich allen, die an der Vorbereitung des Haushaltsgesetzes beteiligt waren und die erst die Grundlage für all dieses gelegt haben: den Gemeindegliedern, die mit Ihrem finanziellen Beitrag es uns ermöglichen, soviel finanziell zu tragen, der Synode, insbesondere dem Finanzausschuss, dem Oberkirchenrat und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Oberkirchenrat.

Schrader Oberkirchenrat